



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

im SPD Stadtverband Waltrop

Vorsitzender: Axel Heimsath



SPD Parteibüro – Hagelstr.14 – 45731 Waltrop

Waltrop, 07.10.2009

## **Initiativantrag der AfA an den SPD Stadtverband Waltrop**

### **1. SPD erneuern**

2. Die SPD hat bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis seit
3. Bestehen der Bundesrepublik erzielt.
4. Die SPD befindet sich in einer schweren Krise. Erforderlich ist jetzt eine
5. intensive Diskussion über die inhaltliche, strategische, personelle und
6. organisatorische Erneuerung der Partei. Wir brauchen einen radikalen
7. Erneuerungsprozess. Klar ist für uns hierbei, dass alle Kräfte und dabei
8. vor allem auch die Fraktion und die Partei gemeinsam an dieser
9. Erneuerung arbeiten müssen.
10. Zudem muss die SPD ihre Rolle als Oppositionspartei finden. Wir
11. werden uns als Oppositionspartei neben den Grünen und der Linken
12. profilieren müssen. Dies wird ein schwieriger Weg.

### **13. Inhaltliche Erneuerung**

14. Die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Bürgerinnen und
15. Bürger haben uns trotz eines engagierten Wahlkampfes die richtigen
16. Inhalte des Regierungsprogramms nicht abgenommen.
17. Einer der Hauptgründe des dramatisch schlechten Wahlergebnisses ist
18. die Politik der Agenda 2010: Fast zwei Drittel der angestammten
19. SPDWählerinnen
20. und Wähler sagen, die SPD habe mit Hartz IV und der
21. Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben. Das haben uns unsere
22. Wählerinnen und Wähler nicht verziehen – und gingen entweder nicht
23. zur Wahl oder wanderten ab. Das ergaben zumindest die
24. Wahlanalysen der Umfrageinstitute.
25. Wir brauchen eine konsequente und überzeugende Abkehr von der
26. Politik der Agenda 2010.

27. Die SPD muss zurück zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit finden.  
28. In der Regierung haben wir häufig eine andere Politik verfolgt, als wir  
29. nun im Regierungsprogramm versprochen hatten. Wer sich im  
30. Programm für „Gute Arbeit“ einsetzt und mit der Politik der Agenda  
31. 2010 bewusst eine dramatische Ausweitung des Niedriglohnssektors  
32. gefördert hat, der hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das gilt auch für  
33. andere Entscheidungen: Im Wahlkampf 2005 haben wir uns gegen  
34. eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eingesetzt, zwei Monate später  
35. haben wir sie sogar deutlicher erhöht als vorher von der Union  
36. gefordert. In programmatischen Reden steht die SPD für eine  
37. öffentliche Daseinsvorsorge, im Regierungshandeln haben wir uns für  
38. die Privatisierung der Bahn eingesetzt. In der Finanzkrise fordern wir  
39. eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, in der rot-grünen  
40. Bundesregierung wurden bestehende Regulierungen drastisch  
41. gelockert. Hinzu kamen weitere Fehlentscheidungen in der Innenpolitik:  
42. Das Erstarken der Piratenpartei bei den JungwählerInnen ist nicht  
43. zuletzt auf die Entscheidung für unsinnige Netzsperrungen und die  
44. Ausweitung von Online-Durchsuchungen zurückzuführen. Spätestens  
45. seitdem ist die SPD auch im Bereich der BürgerInnenrechte nicht mehr  
46. der Garant für Freiheit.  
47. Die Menschen glaubten uns die im Wahlkampf versprochene  
48. Neuausrichtung vielfach nicht, was auch an der fehlenden Abgrenzung  
49. gegenüber früheren Fehlentscheidungen lag: Es funktioniert eben  
50. nicht, einerseits im SPD-Regierungsprogramm eine sozial gerechtere  
51. Politik einzufordern, und andererseits die bisherige  
52. SPD-Regierungspolitik  
52. zu verteidigen. Die SPD muss die Agenda 2010 und  
53. ihre Folgen ehrlich, offen und konstruktiv aufarbeiten. Nur dann ist  
54. auch die Oppositionsrolle glaubwürdig, Ein Einfaches “weiter so” kann  
55. es nicht geben.

## **56. Strategische Erneuerung**

57. Die scharfe Abgrenzung von und das Ausschließen einer  
58. Zusammenarbeit mit der Linkspartei hat die SPD in eine strategische  
59. Sackgasse manövriert. Die SPD ist dadurch bei der Koalitionsbildung  
60. immer von Union (schwarz-rot) oder FDP (rot-gelb-grün) abhängig.  
61. Beide Koalitionsoptionen sind in der Bevölkerung und insbesondere bei  
62. SPD-Anhängerinnen und Anhängern unbeliebt.  
63. Ein SPD-Kanzlerkandidat, der nicht Kanzler werden kann, weil er von  
64. vorneherein die einzig realistische Koalition ausschließt, überzeugt die  
65. Menschen nicht. Das ist zumindest ein strategisches Dilemma.  
66. Natürlich ist ein Zusammengehen mit der Linkspartei auf der  
67. Bundesebene nicht ohne weiteres möglich. Die SPD muss nun aber  
68. einen Diskurs gemeinsam mit der Partei “Die Linke” einleiten, um  
69. Möglichkeiten für eine perspektivische Zusammenarbeit auszuloten.  
70. Dazu gehört ebenso, den Ländern, in denen aufgrund der  
71. Mehrheitsverhältnisse und der programmatischen Nähe die Möglichkeit  
72. für Koalitionen links von Union und FDP möglich sind, keine Steine in

73. den Weg zu legen.  
74. Teile der SPD haben sich in den letzten Jahren von ihren potenziellen  
75. Wählerinnen und Wählern entfremdet. Sozialdemokratische  
76. Oppositionspolitik muss in den nächsten vier Jahren zum Ziel haben,  
77. auch in wahlkampffreien Zeiten kontinuierlich den Weg zurück zu den  
78. Menschen vor Ort zu finden, um so verlorengegangenes Vertrauen  
79. zurückzugewinnen. Ein klares Ziel muss für die SPD sein den engen  
80. Schulterschluss mit den Gewerkschaften zu üben. Denn nur durch das  
81. Gewinnen von Bündnis- und Dialogpartnern in der Zivilgesellschaft  
82. kann die SPD ihr linkes Profil schärfen und sich so in der Bevölkerung  
83. wieder als vertrauenswürdige Kraft der sozialen Gerechtigkeit  
84. etablieren. Dies bedeutet den Abschied von einem Marketing der  
85. Politikinhalte und leeren Phrasen wie „Unser Land kann mehr“ hin zu  
86. einer an Vertrauen orientierten Politik. Nicht nur Wahlkampf, sondern  
87. langfristige Vertrauensarbeit in und mit der Zivilgesellschaft gibt der  
88. SPD eine langfristige Perspektive!

### **89. Personelle Erneuerung**

90. Der SPD fehlt Glaubwürdigkeit. Dies hat inhaltliche, aber auch  
91. personelle Ursachen. Trotz eines insgesamt guten  
92. Regierungsprogramms konnten wir die Wählerinnen und Wähler nicht  
93. von der SPD überzeugen. Wir konnten als Sozialdemokratie nicht  
94. vermitteln, warum diejenigen Personen, die jahrelang marktradikalen  
95. Politikansätzen nachgeeifert haben, nun plötzlich eine sozialere,  
96. entgegengesetzte Politik machen sollen. Große Teile der Parteiführung  
97. haben sich bis heute nicht von den Fehlern der SPD-Regierungspolitik  
98. distanziert, sondern verteidigen noch immer die damaligen  
99. Entscheidungen.  
100. Die notwendige Erneuerung der Partei muss auch eine personelle  
101. Erneuerung bedeuten. Die alten Köpfe können nicht glaubwürdig für  
102. einen Neuanfang stehen. Daher muss bis zum Bundesparteitag im  
103. November eine intensive innerparteiliche Diskussion auch über das  
104. künftige Spitzenpersonal geführt werden. Nach dem Parteitag muss die  
105. Partei über einen Vorstand verfügen, der auch personell den  
106. Neuanfang hin zu einer Politik sozialer Gerechtigkeit glaubwürdig und  
107. dauerhaft vertreten kann.  
108. Wir müssen ein breites Personal-Tableau aufstellen. Die Position des  
109. Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden in eine Hand zu  
110. geben, wäre aktuell ein Fehler.

### **111. Organisatorische Erneuerung**

112. In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Partei an  
113. den Mitgliedern vorbei durchgesetzt worden oder bestehende  
114. Entscheidungen der Partei, wie etwa der Parteitagsbeschluss gegen  
115. die Bahnprivatisierung, wurden im Regierungshandeln einfach  
116. ignoriert. Die SPD lebt aber immer noch – gerade in Wahlkampfzeiten  
117. – von ihren Mitgliedern, die mit vollem Einsatz für ihre Partei kämpfen.  
118. Deshalb bedarf es auch einer Diskussion über die organisatorische

119. Erneuerung der SPD, die zu mehr innerparteilicher Demokratie führen  
120. muss. SPD muss ihre Stärke als Mitgliederpartei wiedergewinnen,  
121. indem sie die demokratische Beteiligung all ihrer Mitglieder organisiert.  
122. Entscheidend ist es dabei auch, Konzepte zu entwickeln, die den  
123. Parteimitgliedern mehr Angebote zur Diskussion und Mitentscheidung  
124. bieten.
125. Mit einer solchen Neuaufstellung kann die SPD auch wieder erfolgreich  
126. sein und Mehrheiten für ihr Programm der sozialen Gerechtigkeit und  
127. Solidarität gewinnen.
128. Der beschlossene Antrag soll sowohl an die nächst höheren Instanzen,  
129. als auch an den  
130. SPD-Parteivorstand, Vorstandssekretariat, Willy-Brandt-Haus,  
131. 10911 Berlin gesendet werden.